## S 7 AL 588/00

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 7 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Ermittlung des Berufungsstreitwerts

Berücksichtigung von mit der Bewilligung

von Arbeitslosengeld verbundene

Zahlung von

Sozialversicherungsbeiträgen durch die

Bundesagentur für Arbeit

Leitsätze Bei der Ermittlung des

Berufungsstreitwerts sind die von der Bundesagentur für Arbeit für den

Arbeitslosengeld-Empfänger an andere

Sozialversicherungsträger zu

entrichtenden Beiträge grundsätzlich

nicht zu berücksichtigen.

Normenkette SGG § 144 Abs 1 S 1 Nr 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 7 AL 588/00 Datum 07.08.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 AL 339/02 Datum 28.01.2003

3. Instanz

Datum 27.07.2004

Die Revision des Klägers gegen den Beschluss des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 28. Januar 2003 wird zurýckgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

GrÃ1/4nde:

Der Kl $\tilde{A}$ ¤ger begehrt Arbeitslosengeld (Alg) f $\tilde{A}$  $\frac{1}{4}$ r den Zeitraum vom 1. September bis zum 8. September 2000.

Der Kläager meldete sich am 30. August 2000 mit Wirkung zum 1. September 2000 bei der Beklagten arbeitslos und beantragte die Bewilligung von Alg. Sein Arbeitgeber gab in der Arbeitsbescheinigung an, dass eine Urlaubsabgeltung gezahlt worden sei und dass der Urlaub, wenn er im Anschluss an das Arbeitsverhäultnis genommen worden währe, bis zum 8. September 2000 gedauert häute. Die Beklagte lehnte durch Bescheid vom 26. September 2000 die Bewilligung von Alg fähr den Zeitraum vom 1. bis 8. September 2000 ab, weil fähr diesen Zeitraum der Anspruch wegen des Erhalts einer Urlaubsabgeltung geruht habe. Widerspruch und Klage blieben erfolglos (Widerspruchsbescheid vom 4. Oktober 2000; Urteil des Sozialgerichts (SG) vom 7. August 2002).

Das Landessozialgericht (LSG) hat die Berufung des KlĤgers durch Beschluss vom 28. Januar 2003 gemäÃ∏ § 158 Sozialgerichtsgesetz (SGG) als unzulässig verworfen. Der Wert des Beschwerdegegenstands übersteige hier nicht 500,00 EUR, wie <u>§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG</u> fþr die Zulässigkeit der Berufung voraussetze. Dem Kläger habe laut Ã∏nderungsbescheid vom 17. Oktober 2000 ein Alg-Anspruch in HA¶he eines Zahlbetrags von 104,61 DM tAxglich zugestanden. Bei einem streitigen Zeitraum von acht Kalendertagen seien mithin 836,88 DM oder 427,89 EUR im Streit, weshalb die Berufungssumme von 500,00 EUR nicht erreicht werde. Für die Ermittlung des Werts des Beschwerdegegenstands sei auf den Geldbetrag abzustellen, um den unmittelbar gestritten werde. Entscheidend sei die Höhe der Leistung, zu deren Zahlung eine Verurteilung erfolgen solle bzw die Leistung, die dem KlĤger bei Aufhebung des angefochtenen Bescheides zustehe. Da mit der Festlegung von festen Streitwertgrenzen eine Vereinfachung des Rechtsmittelverfahrens erreicht werden solle, wA1/4rden rechtliche oder wirtschaftliche Folgewirkungen der Entscheidung über den eingeklagten Anspruch nicht berücksichtigt werden (Hinweis auf BSG SozR 3-1500 § 144 Nr 11). Dies bedeute, dass vorliegend als streitige Geldleistung iS des § 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG nur die Zahlung von Alg vom 1. bis zum 8. September 2000 in Höhe von 427,89 EUR anzusehen sei. Entgegen der Auffassung des KlĤgers seien zu der von ihm begehrten Geldleistung nicht auch die BeitrÄxge zur Sozialversicherung hinzuzurechnen, die die Beklagte im Falle einer LeistungsgewĤhrung für den Kläger abführen müsste. Hierbei handele es sich nämlich nicht um Beträge, die der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er unmittelbar f\(\tilde{A}^1\)/4r sich selbst beanspruchen k\(\tilde{A}\)\(\tilde{n}\)nne. Diese Nebenleistungen der Beklagten aus dem SozialrechtsverhĤltnis würden das Stammrecht des Klägers auf Alg nicht berä¼hren und hägtten ferner keinerlei Auswirkungen auf den hier streitigen Zahlungsanspruch. Sie seien deshalb auch nicht Gegenstand des Verfļgungssatzes im angefochtenen Bewilligungsbescheid.

Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner vom Senat zugelassenen Revision. Er rýgt eine Verletzung des <u>§ 144 Abs 1 Nr 1 SGG</u>. Die Beschwer aus dem erstinstanzlichen Urteil liege bei mehr als 500,00 EUR. Neben der Höhe des Alg für den streitigen Zeitraum von acht Tagen seien auch die noch abzuführenden Sozialversicherungsbeiträge zu berücksichtigen. Auf Grund der Höhe der für den Zeitraum ab dem 9. September 2000 abgeführten Beiträge an die

Rentenversicherung sei davon auszugehen, dass mit dieser Beitragszahlung der für die Berufungsfähigkeit noch fehlende Betrag von 72,72 EUR þberschritten worden wäre. Das Bundessozialgericht (BSG) habe bereits entschieden, dass alle behördlichen Handlungen, die den Behörden durch das Sozialrecht auferlegt würden, zu den Sozialleistungen zu zählen seien und damit Leistungen an den einzelnen Bürger darstellten (Hinweis auf BSG SozR 3-1500 § 144 Nr 1). Bei den abzuführenden Sozialversicherungsbeiträgen handele es sich nicht um rechtliche oder wirtschaftliche Folgewirkungen, die bei der Ermittlung des Beschwerdewerts auÃ∏er Betracht bleiben dürften. Das vom LSG angewandte Kriterium, ob der jeweilige Kläger die Leistungen unmittelbar für sich selbst beanspruchen könne, gehe an den MaÃ∏stäben der BSG-Rechtsprechung vorbei. Die Berufung sei in verfahrensfehlerhafter Weise zu Unrecht als unzulässig verworfen worden. Da es sich um einen erheblichen VerfahrensverstoÃ∏ handele, sei die Sache an das LSG zurückzuverweisen.

Der KlĤger beantragt, den Beschluss des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 28. Januar 2003 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt, die Revision zurĽckzuweisen.

Nach der Rechtsprechung des BSG sei der Wert des Beschwerdegegenstands bei einer Klage, die eine Geldleistung betreffe, ausschlieÄ lich und unmittelbar nach dem Geldbetrag zu berechnen, der dem Kläger nach Aufhebung des angefochtenen Bescheides zustä hade, während sonstige, damit verbundene werterhä hende Folgewirkungen der erstinstanzlichen Entscheidung auä er Betracht zu bleiben hätten.

Ш

Die Revision des Klägers ist nicht begründet. Zu Recht hat das LSG die Berufung des Klägers gemäÃ∏ § 144 Abs 1 Nr 1 SGG als unzulässig verworfen. Für die Ermittlung des Werts des Beschwerdegegenstands ist maÃ∏geblich allein der Wert der geltend gemachten Forderung, hier des Anspruchs des Klägers auf Alg vom 1. September bis 8. September 2000.

GemÃxÃ $\$ Â $\$ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG bedarf die Berufung der Zulassung in dem Urteil des SG oder auf Beschwerde durch Beschluss des LSG, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands bei einer Klage, die eine Geld- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betrifft, 500,00 EUR nicht Ã $\$ 4bersteigt ( $\$ 6\) 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG in der hier ma $\$ 6\) 17. August 2001  $\$ 6\)  $\$ 17 BGBI I 2144).

Der Wert des Beschwerdegegenstands lag hier unterhalb der von  $\frac{\hat{A}\S}{144}$  Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG normierten Wertgrenze von 500,00 EUR. Der geltend gemachte Anspruch auf Alg hatte f $\hat{A}^{1}\!\!/_{\!4}$ r die streitigen acht Kalendertage (vgl  $\frac{\hat{A}\S}{139}$  Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III)) insgesamt einen Wert von (damals 8 x 104,61 DM

= 836,88 DM) 427,89 EUR. Entgegen der Rechtsansicht der Revision ist bei der Ermittlung des Berufungsstreitwerts nicht zu berýcksichtigen, dass die Bezieher von Alg in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung pflichtversichert sind (vgl § 3 Satz 1 Nr 3 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI); § 5 Abs 1 Nr 2 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V); § 20 Abs 1 Satz 2 Nr 2 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI)) und die Beklagte insofern zur Beitragszahlung fÃ⅓r die Alg-Empfänger verpflichtet ist (vgl §Â§ 166 Abs 1 Nr 2, 170 Abs 1 Nr 2 Buchst b SGB VI; §Â§ 251 Abs 4 Buchst a, 252 SGB V; § 60 Abs 1 SGB XI). Wie das BSG in ständiger Rechtsprechung entschieden hat, ist bei einer Geldleistung der Wert des Beschwerdegegenstands im Berufungsverfahren (§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG) lediglich nach dem Geldbetrag zu berechnen, um den unmittelbar gestritten wird.

Der mĶgliche Einfluss auf andere Leistungen kann bei der Feststellung des Beschwerdegegenstands nicht berļckichtigt werden, denn rechtliche und wirtschaftliche Folgewirkungen der Entscheidung über den geltend gemachten Anspruch müssen bei der Berechnung der Beschwer auÃ∏er Ansatz bleiben (grundlegend BSG SozR 3-1500 ŧ 144 Nr 11 unter Hinweis auf die frühere Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zu dem bis zum 31. Dezember 2000 geltenden <u>§ 115</u> Finanzgerichtsordnung aF; BSG <u>SozR 3-1500 § 144 Nr 12</u>; B 11/10 AL 1/98 R vom 11. Mai 1999 = DBIR Nr 4560a zu § 145 SGG; zustimmend: Meyer-Ladewig, SGG, 7. Aufl 2002, RdNr 15 zu § 144; Krasney/Udsching, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens, 3. Aufl 2002, VIII RdNr 15; Littmann in Hk-SGG, RdNr 8 zu § 144). Zwar hat das BSG bislang zumeist Fälle entschieden, bei denen mit der Forderung verbundene Folgewirkungen/ Nebenforderungen noch einer weiteren Umsetzung bedurften (teilweise durch Verwaltungsakt einer anderen Behörde, vgl BSG SozR 3-1500 § 144 Nr 11), während hier die Versicherungspflicht in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ex lege an den Bezug von Alg gekoppelt ist (vgl den Wortlaut des <u>§ 3 Satz 1 Nr 3 SGB VI</u>, <u>§ 5</u> Abs 1 Nr 2 SGB V und § 20 Abs 1 Satz 2 Nr 2 SGB XI). Doch auch in diesem Fall ist der Streitwert gemäÃ∏ <u>§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG</u> ausschlieÃ∏lich nach der unmittelbar geltend gemachten Forderung â∏ hier den Anspruch auf Alg â∏ festzusetzen. Mittelbar folgt dies auch aus dem A<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ber A§ 202 SGG in Bezug genommenen § 4 Zivilprozessordnung (ZPO). Nach dieser Norm sind sogar Nebenforderungen für die Wertberechnung auÃ∏er Acht zu lassen, wobei man von Nebenforderungen spricht, wenn diese zu der Hauptforderung in einem "objektiven Abhängigkeitsverhältnis" stehen (so Schneider/Herget, Streitwertkommentar, 11. Aufl 1996, RdNr 3260). Der Anspruch auf Tragung der BeitrĤge zu anderen SozialversicherungstrĤgern wĤre sachlich-rechtlich vom Hauptanspruch (der Bewilligung von Alg) abhängig (hierzu auch Hartmann in Baumbach ua, ZPO, 60. Aufl 2002, RdNr 11 zu § 4 ZPO). Hierdurch ist nicht ausgeschlossen, dass die Frage der Beitragstragung und Beitragshå¶he seitens der Bundesagentur få¼r Arbeit (BA) zur Hauptfrage eines Sozialgerichtsprozesses werden kann, in dem sich dann die Höhe des Berufungsstreitwerts unmittelbar nach dem geltend gemachten Beitragsanspruch bemisst. Solange und soweit aber allein Alg geltend gemacht wird, bemisst sich jedenfalls der Berufungsstreitwert gemäÃ∏ <u>§ 144 Abs 1 Satz 1</u> Nr 1 SGG ausschlie̸lich nach der Höhe des geltend gemachten Alg.

Dieses Ergebnis findet seine BestÄxtigung nicht zuletzt in dem Sinn und Zweck des

§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG. Mit der Festlegung einer notwendigerweise pauschalen Streitwertgrenze wird eine Vereinfachung des Verfahrens angestrebt. Mit diesem Ziel wĤre es nicht zu vereinbaren, allein wegen des Streitwerts nach allen Richtungen zu prüfen, welche Auswirkungen das Urteil für den Rechtsmittelführer möglicherweise in anderen Bereichen haben könnte (vgl insbesondere BSG <u>SozR 3-1500 § 144 Nr 12</u>: MaÃ∏gebend ist die geltend gemachte Höhe des Alg-Anspruchs, auch wenn als Folge eines für den Kläger positiven Urteils die Bewilligung von Arbeitslosenhilfe fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r denselben Zeitraum aufgehoben werden mýsste; vgl hierzu zustimmend Krasney/Udsching, aaO). Zu Recht hat die Beklagte darauf verwiesen, dass mit einer Berücksichtigung der jeweils zu tragenden BeitrĤge zu anderen SozialversicherungstrĤgern die Ermittlung des Berufungsstreitwerts zu gro̸en verwaltungspraktischen Schwierigkeiten führen würde. Dies folgt nicht zuletzt daraus, dass der jeweilige Beitragssatz der zustĤndigen Krankenkasse zu ermitteln wĤre und im Gegensatz zu den Sozialversicherungsbereichen, in denen die BeitragshĶhe durch Gesetz festgelegt wird, somit der Streitwert bei identischer HA¶he des Alg-Anspruchs Schwankungen ausweisen könnte. SchlieÃ∏lich ist auch zu berücksichtigen, dass gemäÃ∏ § 207 SGB III fþr Bezieher von Alg, die von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind, die ̸bernahme bzw Erstattung von freiwillig geleisteten BeitrĤgen in Betracht kommt. Mithin würde bei einer Berücksichtigung der von der BA zu tragenden Beiträge bei der Ermittlung des Berufungsstreitwerts eine komplexe ErmittlungstÄxtigkeit erforderlich werden, die mit dem Sinn und Zweck des § 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG nicht zu vereinbaren wÃxre. Hingegen ist die Höhe des geltend gemachten Alg-Anspruchs kalendertĤglich leicht festzustellen und gewĤhrleistet eine einfache und schnelle Handhabung der Ermittlung des Berufungsstreitwerts.

Diesem Ergebnis steht auch â entgegen der Rechtsansicht der Revision â nicht die Entscheidung des BSG vom 31. Juli 1990 (BSG SozR 3-1500 § 144 Nr 1) entgegen. In dieser Entscheidung wurde lediglich ausgefà hrt, dass auch die Meldung einer Ausfallzeit durch die BA an den zustà ndigen Rentenversicherungstrà ger eine Leistung iS des § 144 Abs 1 Nr 1 SGG aF darstellen kà nne. à ber das Verhà zitnis von Haupt- und Nebenforderungen bzw Folgewirkungen der Forderung sind in dieser Entscheidung gerade keine Aussagen getroffen. Sofern das LSG allerdings in seinem Beschluss den weiteren Gesichtspunkt anfà tht, dass auch ausschlaggebend sei, dass der Klà ger die von der BA zu tragenden Beitrà ge nicht unmittelbar fà tr sich selbst beanspruchen kà nne, so geht dieses Argument fehl. Fà the Wertberechnung gemà A Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG ist grundsà ztlich nicht ausschlaggebend, ob der geltend gemachte Anspruch vom Sozialversicherungstrà ger direkt gegenà ther dem Klà ger zu erfà the Hand bekà me.

Zutreffend hat das LSG schlieÃ□lich entschieden, dass die fehlerhafte Rechtsmittelbelehrung, die dem Urteil des SG beigefügt war und mit der auf die Berufung als zulässiges Rechtsmittel hingewiesen wurde, nicht zur Zulässigkeit der Berufung führt (vgl Meyer-Ladewig, aaO, RdNr 40 zu § 144 mit zahlreichen weiteren Nachweisen). Auch kam eine Umdeutung der von dem

Prozessbevollmächtigten des Klägers eingelegten Berufung in eine Nichtzulassungsbeschwerde gemäÃ∏ <u>§ 145 SGG</u> nicht in Betracht (hierzu BSG SozR 4-1500 <u>§ 158 Nr 1</u>; vgl auch Meyer-Ladewig, aaO, RdNr 15 vor <u>§ 143 SGG</u>).

Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 SGG.

Erstellt am: 21.09.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024